

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 7/2020



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit diesem Newsletter melde ich mich bei Ihnen am Ende der zweiten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause zurück. Ich hoffe, Sie haben trotz der immer noch herausforderungsvollen pandemischen Lage viele schöne Tage verbringen können und die wundervolle Landschaft direkt vor unseren Haustüren genießen können.

Natürlich waren auch die letzten Monate von einem intensiven Ringen rund um die Bekämpfung der COVID19-Pandemie geprägt. Infolgedessen hat der Koalitionsausschuss im August viele wegweisende Entscheidungen getroffen, auf die ich eingehen möchte. Ich selbst habe die Sommerpause genutzt, um mit vielen Unternehmen und Betrieben ins Gespräch zu kommen – auch anlässlich der momentanen Ausnahmesituation. Einige Impressionen davon finden Sie anbei. Darüber hinaus war ich auch in unserem heimischen Forst unterwegs und habe mich mit der schmerzlichen Situation des Fichtensterbens vor Ort vertraut gemacht. Angesichts der anhaltenden Dürre und des Borkenkäferbefalls ist es wichtig, dass der Bund hier zeitnah, unbürokratisch und umfanglich Hilfe leistet.

Diese Woche haben wir im Plenum im Anschluss an eine umfassende Debatte zum Thema Nachhaltigkeit eine Änderung der Kraftfahrzeugsteuer verabschiedet. Als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion konnte ich diesen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens maßgeblich begleiten. Auch hierauf möchte ich folgend eingehen.

Schließlich möchte ich noch die Ausnahmesituation vieler Zufluchtssuchender in Griechenland ansprechen. Die aktuelle humanitäre Notsituation auf Lesbos lässt uns erschüttert zurück. Hier ist eine einmalige Nothilfe angebracht, und diese leistet Deutschland zu Recht. Die Lage bleibt insoweit aber auch in Zukunft herausfordernd. Ich hoffe sehr, dass wir auf europäischer Ebene nunmehr endlich eine einvernehmliche Lösung finden werden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und sende freundliche Grüße aus der Hauptstadt

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

STAND COVID 19-PANDEMIE

Nach wie vor sind wir mit der Bekämpfung der COVID19-Pandemie befasst. Die aktuellen Fallzahlen dokumentieren auch weiterhin unsere erfolgreiche Strategie im Umgang mit der Pandemie. Das freut mich und mahnt zugleich, dass wir nicht nachlassen dürfen.

Natürlich habe ich Verständnis für die Unsicherheit und Sorge, die viele Bürgerinnen und Bürger mit der aktuellen Lage verbinden. Auch ich wünsche mir, dass wir die pandemische Lage alsbald für beendet erklären können. Dennoch werden wir leider, bis ein Impfstoff flächendeckend verfügbar sein wird, mit der aktuellen Situation leben müssen. Wir können nur dankbar sein, dass viele Bürgerinnen und Bürger – zum Wohle aller – gemeinsam an dieser Aufgabe mitwirken.

Umso weniger Verständnis habe ich jedoch für jenen kleinen Teil der Bevölkerung, der sich egoistisch über die notwendigen Maßnahmen hinwegsetzt und gar zu einem „Sturm“ auf den Bundestag aufruft. Wir leben in einer Demokratie und es sollte unser aller gemeinsames Verständnis sein, dass wir politische Inhalte nur auf demokratisch legitimiertem Wege umsetzen können. Natürlich ist es das gute Recht aller Bürgerinnen und Bürger, von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass wir völlig unkontrollierte und mit einer pandemischen Lage unvereinbare Zustände entstehen lassen. Mein Dank gilt an dieser Stelle den vielen Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag durch ihre wertvolle Arbeit unseren Staat und auch dessen Institutionen sichern.

Der Koalitionsausschuss hat angesichts der weiterhin bestehenden wirtschaftlichen Herausforderungen vieler Unternehmen weitere Maßnahmen beschlossen, um die Folgen der Pandemie abzumildern. So wird das Kurzarbeitergeld bis Ende 2021 verlängert, der Auszahlungsbetrag bleibt bei den derzeit geltenden Sätzen. Die Sozialversicherungsbeiträge werden bis 30.06.2021 vollständig erstattet. Darüber hinaus werden die Überbrückungshilfen-Programme für kleine und mittelständische Betriebe bis zum 31.12.2020 verlängert. Auch der erleichterte Zugang in die Grundversicherungssysteme ist bis Ende des Jahres verlängert. Zudem bleibt die Regelung über die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für den Insolvenzantragsgrund der Überschuldung bis zum Jahresende weiterhin ausgesetzt.



TERMINE

21.09.-25.09.2020

Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in der RheinBerg Galerie, Bergisch Gladbach

21.09. & 22.09.2020

Unternehmensbesuche in Kürten und Bergisch Gladbach

22.09.2020 10:00 Uhr

Vorstandssitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung, per Videokonferenz

28.09.-02.10.2020

Haushaltswoche des Deutschen Bundestages

30.09.2020 9:00 Uhr

Generaldebatte der Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Plenum des Deutschen Bundestages

Mit gezielten Maßnahmen der lokalen Gesundheitsämter, einer intensiven Forschungsleistung auf dem Gebiet des Impfschutzes sowie einer aktiven und umfangreichen wirtschaftlichen Hilfestellung durch den Bund werden wir auch diesen Herbst erfolgreich meistern können.

HUMANITÄRE LAGE AUF LESBOS

Wir als Unionsfraktion verfolgen die Entwicklungen auf Lesbos mit besonderem Augenmerk. Die Lage im Flüchtlingslager Moria war schon seit Längerem ein kaum tragbarer Zustand. Daher ist es richtig, dass wir in dieser besonderen Ausnahmesituation humanitäre Hilfe leisten. Hierbei müssen wir einen schwierigen Spagat üben. Einerseits müssen Anreize vermieden werden, dass in anderen Lagern die Vorgehensweise wiederholt wird und durch Brandstiftung eine Änderung der tatsächlichen Zustände herbeigeführt wird. Es gilt das europäische Asylrecht einzuhalten und weiter zu entwickeln, ansonsten droht ein Zusammenbruch des gesamten Systems. Andererseits ist die humanitäre Lage so nicht weiter hinnehmbar. Für uns in Deutschland ist es eine Selbstverständlichkeit, die wir jeden Tag in unseren Städten und Gemeinden sehen, dass Zufluchtsuchende und Immigrierende menschenwürdig behandelt und untergebracht werden. Es ist mehr als bedauerlich, es ist beschämend und nicht weiter hinzunehmen, dass diese vermeintliche Selbstverständlichkeit in einigen europäischen Staaten, zumal wenn sie sich als Teil einer Wertegemeinschaft verstehen, nicht die Regel darstellt.

Daher ist jetzt eine temporäre Hilfe zwingend nötig. Ich begrüße die jetzt gefundene Zwischenlösung und bin unserer Bundeskanzlerin sowie unserem Bundesinnenminister dankbar, dass diese so schnell reagiert haben. Wir werden in einer außergewöhnlichen humanitären Notsituation Griechenland anbieten, 1.500 Menschen aufzunehmen. Diese Zahl bezieht sich auf diejenigen Personen, deren Asylanträge in Griechenland positiv beschieden worden sind. Darüber hinaus leisten wir bereits heute über das Technische Hilfswerk Nothilfe vor Ort und appellieren an Griechenland, eine Unterbringung der obdachlosen Menschen sicherzustellen. Derzeit wird an neuen, besseren Unterbringungsmöglichkeiten gearbeitet. Ich halte es für den richtigen Ansatz, die Lager fortan unter Aufsicht der Europäischen Union zu stellen, um europäische Standards vor Ort zu wahren.

Unabhängig davon ist natürlich nach wie vor unser oberstes Ziel, eine europäische Einigung in Fragen der Entwicklung eines Asylsystems und koordinierter Nothilfe zu erzielen. Das muss so schnell und so umfassend wie möglich geschehen. Deutschland hat den Vorsitz der Ratspräsidentschaft inne und setzt sich mit Nachdruck für eine Neuregelung ein. Ohne die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten ist dies jedoch nicht möglich. Ich hoffe inständig und bin nach wie vor zuversichtlich, dass es insoweit anlässlich der anstehenden Verhandlungen auf EU-Ratsebene zu einer Einigung kommt.

REFORM DER KFZ-STEUER

Nach der parlamentarischen Sommerpause hat die Gesetzgebungsarbeit in Berlin wieder an Fahrt aufgenommen. Diese Woche hat der Deutsche Bundestag eine Änderung der KfZ-Steuer verabschiedet. Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss konnte ich das Gesetzgebungsverfahren maßgeblich begleiten und möchte Ihnen die wesentlichen Änderungen erläutern. Zudem finden Sie [online](#) meine zwei Plenarreden, die ich anlässlich der parlamentarischen Debatte zur Gesetzesreform gehalten habe.

Deutschland steht zu den Pariser Klimazielen. Dieser Jahrhundertherausforderung haben wir uns durch ein umfangreiches Arbeitsprogramm angenommen, um mit diversen gesetzgeberischen Maßnahmen die Klimaziele tatsächlich zu erreichen. Ein wichtiges Anliegen ist es, im Verkehrsbereich die Emissionen zu reduzieren. Der Verkehrsbereich ist der einzige Bereich, in dem seit 1990 kein signifikanter Rückgang an CO₂-Emissionen festgestellt werden konnte. Das nunmehr verabschiedete Gesetzesvorhaben hat daher zum Ziel, Anreize zugunsten emissionsärmerer PKW zu setzen. Seit der Rechtsänderung 2009 besteht die KfZ-Steuer aus zwei Komponenten. Zum einen wird die Größe des Hubraums und zum anderen der durchschnittliche CO₂-Ausstoß berücksichtigt. Mit der Neufassung haben wir nun ein noch deutlicheres Signal zugunsten emissionsärmerer PKW durchgesetzt, indem wir die CO₂-Komponenten zukünftig noch stärker berücksichtigen.

Darüber hinaus haben wir eine Erleichterung für viele mittelständische Unternehmen und das Handwerk verabschieden können. Als leichte Nutzfahrzeuge eingestufte Fahrzeuge werden nunmehr steuerlich wieder als solche behandelt und nicht weiter benachteiligt. Des Weiteren haben wir uns entschieden, die schon jetzt geltende steuerliche Privilegierung von E-Autos weiter fortzuschreiben. Alle bis Ende 2025 neu zugelassenen reinen E-Autos sind damit bis Ende des Jahres 2030 von der KfZ-Steuer befreit. Das ist meiner Meinung nach ein starkes Signal an die Bürgerinnen und Bürger. Die signifikant steigende Nachfrage nach E-Autos dokumentiert, dass wir insoweit die Anreize richtig setzen.

Ich gebe unumwunden zu, die nunmehr verabschiedete Reform ist nur ein erster Baustein von vielen, um die notwendige Verkehrswende herbeizuführen. Perspektivisch hoffe ich, dass wir die KfZ-Steuer, die als „Halter-Steuer“ lediglich am potentiellen Co₂-Ausstoß ansetzt, gänzlich abschaffen und zu einer am tatsächlichen Verbrauch orientierten Regelung kommen können.

„Die Erde ist nicht nur unser gemeinsames Erbe, sie ist auch die Quelle des Lebens.“

Dalai Lama

WAHL IN NRW

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat am vergangenen Wochenende die Kommunalwahl trotz Stimmenverluste gewonnen. Ich gratuliere allen neu und wiedergewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsrägern zu ihrer Wahl. Insbesondere möchte ich allen Mitgliedern der CDU danken, die sich durch ihre engagierte Hilfe im Wahlkampf hervorgetan haben. Dieses ehrenamtliche und überobligatorische Engagement ist keinesfalls selbstverständlich. Umso beeindruckender ist der intensive Einsatz, den ich in den letzten Wochen von so vielen unserer Unterstützerinnen und Unterstützern gesehen habe.

Dieser Wahlkampf verlief in mehrfacher Hinsicht sicherlich anders als geplant. Ich bin sehr froh, dass trotz der aktuellen pandemischen Lage viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Große Veranstaltungen konnten leider nicht stattfinden, und der unmittelbare Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern war nur mit Distanz möglich. Dennoch konnten wir mit vielen Bürgerinnen und Bürgern über diverse kommunale Anliegen ins Gespräch kommen und in vielen persönlichen Gesprächen die aktuellen Nöte und Sorgen erfahren.

Trotz des guten Wahlergebnisses müssen wir feststellen, dass wir nicht alle Wahlziele erreichen konnten. Unser Ziel muss es auch weiterhin sein, überall stärkste Kraft zu werden. Im Dezember wollen wir auf dem Bundesparteitag eine neue Parteispitze wählen. Ich finde es gut, die personelle Neuaufstellung von der inhaltlichen Positionierung zu trennen. Mit der neuen CDU-Parteispitze können wir uns dann im Frühjahr 2021 programmatisch für die Bundestagswahl 2020 und darüber hinaus aufstellen. Ich freue mich, dass wir alsbald unser neues Grundsatzprogramm verabschieden und damit noch stärker in die politische Auseinandersetzung treten können.

Nicht alle Bürgermeisterwahlen konnten unmittelbar am vergangenen Sonntag entschieden werden, sodass in wenigen Tagen eine Stichwahl erforderlich ist. Ich wünsche unseren Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg bei der Stichwahl. Lassen Sie uns diese auch auf den letzten Metern gemeinsam unterstützen und so für ein noch besseres Wahlergebnis sorgen.

EINBLICKE IN DIE SOMMERTOUR



Eröffnung der Lebenshilfe Werkstatt in Leichlingen



Zu Gast bei der Firma BÄRO in Leichlingen



Eröffnung der Wasserstoff-Tankstelle in Wermelskirchen



Besuch im Stift Ehreshoven

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: www.tebroke-rbk.de/